

# Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zl. mit Zustellgehd 3.80 zl. Bei Postbezug monatl. 3.89 zl. vierteljährlich 11.66 zl. Unter Streifband monatl. 7.50 zl. Deutschland 2.50 Rhl. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Gertrus Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einspaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Blattvorrichtung u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offerentgegbühr 100 gr. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Polen 202157, Danzig 2528.

Nr. 260

Bydgoszcz / Bromberg, Sonnabend, 13. November 1937.

61. Jahrg.

## Nationale Revolution in Brasilien.

Ein neuer autoritärer Staat.

Aus Rio de Janeiro wird gemeldet:

Am Mittwoch wurde in Brasilien eine nationale Revolution vollkommen ohne Blutvergießen durchgeführt. Präsident Dr. Vargas hat durch eine Verordnung den Senat, die Abgeordnetenkammer, die Stadträte und die Magistratur für sofort abgeschafft erklärt und eine neue Verfassung verkündet. Die neue Verfassung hat die Bildung eines korporativen Staates nach italienischem Muster zur Grundlage.

Die überraschende Verfassungsummälerung und Parlamentsauflösung in Brasilien ist im ganzen Lande mit Ruhe entgegengenommen worden. Fast alle Gouverneure der zwanzig Bundesstaaten haben an Staatspräsident Dr. Getúlio Vargas Telegramme gesandt, in denen sie sich zur vollen Unterstützung des neuen Regimes bereit erklären. Das brasilianische Kabinett hat die neue „korporative Verfassung“ genehmigt. Die Verfassung, die bereits in Kraft getreten ist, wird einem Volksentscheid unterbreitet werden. Der brasilianische Kriegsminister erklärte in einer Proklamation an die Wehrmacht, daß das Militär für die reibungslose Durchführung dieser Verfassung sowie die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sorgen werde. Die Wehrmacht werde eine

Schuhwehr gegen alle Parteidächer.

bilden. Inzwischen wird der Kampf gegen den Kommunismus im Lande planmäßig weitergeführt. Bisher sind 870 Personen verhaftet worden, die direkt oder indirekt mit Moskau in Verbindung standen.

In seiner Rundfunkansprache hatte Präsident Vargas betont, daß das demagogische Verhalten der Partei, die selbst die Vermählung der dringendsten nationalen Probleme unmöglich gemacht hätten, sowie die revolutionären Strömungen und die immer stärker werdende Gefahr des Kommunismus das Land an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht hätten. Deshalb sei auch der Ausnahmezustand vor einiger Zeit verhängt worden. Für die Wohlfahrt Brasiliens seien infolge der Parteienwirtschaft so schwere Gefahren entstanden, daß jetzt die Schaffung eines starken Regimes notwendig geworden sei, das Frieden, Gerechtigkeit und Arbeit verbürgt und das Gleichgewicht zwischen den schaffenden Klassen wiederherstelle. Aus allen Kreisen des Volkes, und vor allem aus der Armee, sei zu ihm, dem Präsidenten, der Ruf nach einer Staatserneuerung gedrungen. Er sei diesem Appell jetzt gefolgt. Die neue Verfassung halte zwar die demokratische Form aufrecht, stütze sich aber auf die Bewegungen lebhafter außerparteilicher Kräfte, wie Volk, Heer und Marine. Die neue Staatsform werde den Einfluß und die Kontrolle des Staates über die Wirtschaft erhöhen und sie nicht mehr zum Spielball politischer Parteien machen lassen. Der Präsident zeigte weiter die Richtlinien für die kommende Aufbauphase und kündigte dabei die Einstellung des auswärtigen Schuldenstandes bis zur Besserung der Wirtschafts- und Währungslage an. Ferner seien der Ausbau des Eisenbahn- und Transportwesens, die Schaffung einer eigenen Schwerindustrie mit Unterstützung ausländischen Kapitals sowie eine bessere Ausrüstung der Wehrmacht vorgesehen.

### Die neue Verfassung.

Nach der neuen Verfassung wird künftig die gesetzgebende Gewalt in der Republik Brasilien von dem Nationalparlament in Zusammenarbeit mit dem nationalen Wirtschaftsrat und dem Bundespräsidenten ausgeübt werden. Der Bundespräsident, dessen Amtszeit sechs Jahre beträgt, und der durch ein Wahlkollegium, bestehend aus Beauftragten der Gemeinden, des Wirtschaftsrats und des Parlaments gewählt wird, leitet die Innen- und Außenpolitik und ist in letzter Instanz entscheidend für die Gesetzgebung und Verwaltung. Ihm steht das Recht der Parlamentsauflösung und der Intervention in den Bundesstaaten zu. Das Nationalparlament wird aus einer Deputiertenkammer und einem Bundesrat bestehen, der den bisherigen Senat ersetzt. Die Kammerabgeordneten werden indirekt von Gemeindewählerkollegien gewählt, und zwar für jeden Bundesstaat nicht mehr als zehn und nicht weniger als drei Abgeordnete. In den Bundesräten entsendet jeder Staat einen Vertreter, ferner sind für ihn zehn vom Bundespräsidenten bestimmte Persönlichkeiten vorgesehen. Der nationale Wirtschaftsrat wird von den Vertretern des schaffenden Volkes aufgestellt. Die geeigneten anerkannten Berufsverbände wählen für ihn die Besten aus ihren Kreisen aus. Im Wirtschaftsrat, der von einem vom Bundespräsidenten ernannten Staatsminister geleitet wird, soll die gleiche Zahl von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern sitzen. Die neue Verfassung wird einem Volksentscheid unterbreitet werden. Die Parlamentswahlen werden nach dem Volksentscheid vom Bundespräsidenten ausgeschrieben werden. Das Mandat des gegenwärtigen Präsidenten bleibt bis zum Volksentscheid bestehen.

In der neuen Verfassung werden auch schärfste Strafen für Hochverrat angekündigt. Todes-

strafe steht auf alle Verbrechen gegen die „Integrität des Staates“ und Versuche, die politische Ordnung durch Gewalt zu ändern. Hierunter fallen auch Versuche, einen solchen politischen Wechsel durch internationale Organisationen zu finanzieren.

### Bestürzung in Paris.

In Paris hat die Einführung der neuen brasilianischen Verfassung außerordentlich starkes Aufsehen und beinahe Bestürzung hervorgerufen. Alle Blätter beschäftigen sich in sehr ausführlichen Kommentaren mit der, wie sie sagen, „Festsetzung des Faschismus“ in Brasilien. Ein Teil der Volksfrontpresse ist bei der Gelegenheit so histisch, zu behaupten, daß Deutschland seine Hand im Spiel gehabt habe (!). „Paris Midi“ läßt sich von seinem Newyorker Berichterstatter melden, daß die Vorgänge nicht ohne tiefschichtige Ershütterung für die Haltung der Vereinigten Staaten, dem amerikanischen Festland, und der Welt gegenüber bleiben würden. „Intransigeant“ bekommt geradezu Almoeckmung und nimmt die Regierungänderung zum Anlaß, um einen allgemeinen Überblick über die politische Lage in Europa zu geben. Das Blatt meint, daß eine ganze Reihe von Ländern eine Krise durchzumachen hätte, und nennt in diesem Zusammenhang Polen, Jugoslawien, Belgien und Rumänien, in denen die Bildung von totalitären Regierungen wahrscheinlich sei.

In gut unterrichteten französischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Maßnahmen des Präsidenten Vargas in Brasilien noch nicht klar genug seien, um das zukünftige Regime von Brasilien bereits mit dem von totalitären Nationen vergleichen zu können. Man glaubt in Paris, daß Präsident Vargas den Beschuß einer Verfassungsänderung gefaßt habe, weil es ihm nicht möglich gewesen wäre, sich 1938 von neuem als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen aufzustellen. Bei der Beurteilung der Lage ist man der Ansicht, daß das neue Regime sich nur dann zu einer totalitären Form hin entwickeln könne, wenn es die rückhaltlose Unterstützung der Integralistenpartei finde.

### Polnische Minderheitenschule in Marienwerder eröffnet.

Das Deutsche Nachrichten-Bureau meldet: Am 10. November wurde in Anwesenheit eines Vertreters der Schulaufsichtsbehörde in Marienwerder eine private Schule mit polnischer Unterrichtssprache und gymnasialem Lehrplan eröffnet.

Wir Deutsche in Polen beglückwünschen die polnische Minderheit in Preußen aufrichtig zu diesem Erfolg. Es ist schon ein großes Ereignis, wenn die Polen in Deutschland nach Beuthen jetzt auch Marienwerder als neuen gymnasialen Schulort erobern können. Wir Deutsche in Polen suchen nur mühsam den letzten Rest des uns erhalten gebliebenen Schulbesitzes zu bewahren. Selbst wenn wir „neu“ bauen, geschieht dies ausschließlich auf altem Schulgrund.

Wir dürfen aber jetzt um so mehr erwarten, daß der Schulneubau in Bromberg jetzt endlich fortgeführt wird, und daß das Deutsche Gymnasium in Bromberg entsprechend den feierlich proklamierten Grundsätzen der Gleichberechtigung das öffentlich-rechtliche Recht erhält. Und wie lange soll das seit drei Jahren fertiggestellte neue deutsche Schulgebäude von Rentonischel noch leerstehen, nachdem der Polnische Kindergarten in Klein-Posenbrück (früher Klein-Posenmühl) in der preußischen Provinz Grenzmark bereits vor Wochen eröffnet werden konnte?

### Wichtige Beratungen im Schloß.

Am Dienstag mittag hat, wie die polnische Presse aus Warschau mitteilt, der Staatspräsident in Anwesenheit des Marschalls Smigly-Rydza den Ministerpräsidenten General Stanisław Składkowski und den Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Finanzminister Kwiakowski empfangen, die über die laufenden Arbeiten der Regierung berichtet.

In politischen Kreisen der Hauptstadt hat diese Konferenz wieder ein großes Interesse hervorgerufen. Man bringt sie in Zusammenhang mit der Vorbereitung grundfestslicher Entscheidungen, die im politischen Leben Polens in der nächsten Zeit getroffen werden sollen.

Über den Inhalt der wichtigen Beratungen, die im Schloß in der letzten Zeit wiederholt stattgefunden haben, werden genannte Mitteilungen nicht gemacht.

## 3000 Menschen den Haifischen vorgeworfen!

### Grauenvolle Schlägerei im Innern von Haiti

Wie wir bereits kurz berichtet haben, ist es an der Grenze zwischen Haiti und San Domingo zu Überfällen auf haitianische Auswanderer gekommen. Durch Mitteilung des amerikanischen Staatssekretärs Welles erfährt die Öffentlichkeit aber erst jetzt nähere Einzelheiten von dieser grauenvollen Schlägerei, bei der die ganze Wildheit der schwarzen und mulattischen Bewohner zum Ausbruch gekommen ist.

Von den beiden Staaten, die sich politisch in die mittelamerikanische Insel Haiti teilen, ist die Republik Haiti die räumlich kleinere, zählt aber doppelt so viel Einwohner wie San Domingo, die dominikanische Republik. Klima und geologischer Aufbau gewähren nur in den Randgebieten fruchtbare Landwirtschaft. Der bergige und zum Teil auch bewaldete Hauptteil der Insel, in dem Höhen bis zu 3000 Metern erreicht werden, erschwert die Lebensbedingungen der Binnenbewohner. Daher kommt es, daß die Nachkommen der Neger und Mulatten bisweilen ein richtiges Nomadenleben führen.

Bei diesem Hin und Her der Bevölkerung ist es nicht zu vermeiden, daß gelegentlich auch die Grenze zwischen den beiden Republiken überschritten wird. Übrigens ist sie heute noch an manchen Stellen unsicher und ungenau, obwohl bald 100 Jahre verflossen sein werden, daß sich San Domingo als Mulattenstaat mit spanischer Sprache von dem Negerstaat Haiti mit französisch-kreolischer Sprache trennte. Zwischen den beiderseitigen Bevölkerungen herrscht schon aus rassistischen Gründen eine starke Spannung, die zeitweilig in blutige Streitigkeiten ausartet.

Zu einem besonders schlimmen und politisch nicht ungefährlichen Zusammenstoß ist es vor wenigen Wochen im Innern des Landes gekommen. Es ist bezeichnend für die Verkehrsverhältnisse auf Haiti, daß man jetzt erst genauere Kunde von den schrecklichen Ereignissen erhält, die sich um Oktobermitte im Hinterland des Hafens von Alonteaux abgespielt haben. Die Not der haitianischen Grenzbevölkerung war im Laufe des Sommers derart gestiegen, daß sie eine Hungersnot befürchtete. Mehrere Tausend Haitianer wanderten nach San Domingo aus, weil dessen Boden an sich reicher ist, als der von Haiti, und verdingen sich als landwirtschaftliche Arbeiter, Zuckerrohrschneider und Viehzüchter bei dominikanischen Farmern und Plantagenbesitzern. Da diese Emigranten zum Teil zu noch niedrigeren Löhnen arbeiteten, als die eingeborenen Dominikaner, erblickten diese in den ausgewanderten Haitianern eine unerwünschte Konkurrenz. Ihre Sprecher wiegeln die Grenzbevölkerung auf, die sich schließlich erhob, um die unerwünschten Haitianer zu vertreiben. Drei

Tage und drei Nächte dauerten die blutigen Zusammenstöße, die schließlich mit der Flucht der Haitianer endeten. 2000 Männer, Frauen und Kinder kamen dabei ums Leben. Es ist bezeichnend für die aufgestachelten Leidenschaften, daß die an Zahl überlegenen und deshalb erfolgreichen Dominikaner die Leichen den Haifischen ins Meer zum grausigen Festmahl zuwarfen.

Nominell sind beide Republiken zwar selbstständig, doch stehen sie tatsächlich unter einem gewissen amerikanischen Protektorat. Es ist deshalb auch Sache der USA, den Konflikt zu lösen. Wahrscheinlich wird Washington die Kosten einer Umsiedlung der etwa 15 000 haitianischen Emigranten auf sich nehmen. Zu einem Krieg wird es nicht kommen, da Washington ihn nicht will. Das Staatsdepartement hat freilich Nachrichten aus beiden Staaten der Insel erhalten, nach denen sich die Lage an der Grenze zwischen Haiti und San Domingo von Stunde zu Stunde verschärfe. Beide Regierungen hätten Truppen an die Grenze entsandt und man befürchtet, daß jeden Tag blutige Kämpfe ausbrechen könnten.

### Verhaftung von zwei Danziger in Polen.

Das Danziger Nachrichtenbüro verbreitet unter dem 10. November folgende Meldung:

Die Danziger Staatsangehörigen, Dr. Georg Zollendorf, praktischer Arzt aus Zoppot und Paul Schönborff haben am Mittwoch, dem 8. November, etwa um 14 Uhr die polnische Grenze auf der Groß-Kazener Chaussee überschritten, um sich zu Bekannten in Pommerellen auf Jagd zu geben. Da sie nach zwei bis drei Tagen nicht, wie angekündigt, zurückgekehrt waren, wandten sich Angehörige und Freunde der beiden mit der Bitte um Nachforschung an den Senat. Dr. Zollendorf, der einen kleinen Opelwagen benutzte, ist am selben Mittwoch, dem 8. November, noch um 16 Uhr von der polnischen Zollstation auf der Groß-Kazener Chaussee geschnappt worden, wo er ein bis zwei Stunden aufgehalten werden muß.

Der Danziger Senat hat, wie wir erfahren, sofort Vorstellungen bei Polen erhoben. Erst nach 24 Stunden erfolgte von polnischer Seite die Mitteilung, daß beide wegen Spionage verhaftet worden seien. Wo sie hingebracht worden sind, wurde nicht angegeben.

### Polnische Anfrage an Danzig.

Im Auftrage der Polnischen Regierung hatte der diplomatische Vertreter Polens in Danzig den Danziger Senat gebeten, darüber zu wachen, daß die angekündigten Ver-

ordnungen über die Staatsangehörigen und gegen die Neu-  
bildung von politischen Parteien nicht mit den  
Rechten der Danziger Staatsangehörigen polnischer  
Herkunft in Widerspruch ständen.

Der Präsident des Senats hat doraufhin versichert, daß  
durch die genannten Verordnungen die Rechte der Danziger  
Staatsangehörigen polnischer Nationalität nicht berührt  
würden.

## Polen feierte den 11. November.

Der 11. November wurde zum ersten Mal in der  
polnischen Nachriegsgeschichte als offizieller Staats-  
feiertag erster Ordnung begangen. Der Tag, der unter  
der Parole der Vereinigung des Volkes, besonders der Ju-  
gend, mit der Armee stand, nahm im ganzen Lande einen  
erhebenden Verlauf. Die zahlreichen Festakte, bei denen der  
Armee Waffen und Kriegsgerät eingehändigt  
wurden, das aus Beiträgen der älteren Generation und der  
Jugend angeschafft worden war, zeugen davon, wie weit  
die Losung der nationalen Verteidigung die ganze Volks-  
gemeinschaft erfaßt hat. In Warschau fanden am Unabhängigkeitstag zahlreiche von Verbänden und sozialen Vereinigungen  
organisierte Festversammlungen statt. In den bei dieser  
Gelegenheit gehaltenen Ansprachen wurde das freudige  
Moment der Wiedererlangung der Unabhängigkeit betont,  
wobei auf die bedeutende Rolle des Marschalls Piłsudski hin-  
gewiesen wurde, der sein ganzes Leben geopfert habe, um die  
Unabhängigkeit zu erkämpfen und sie zu festigen.

Ihren Höhepunkt erreichten die Feierlichkeiten in  
Warschau mit der traditionellen Parade und den Kampf-  
vorführungen der Wehrmacht auf dem größten Paradesfeld  
vor der Stadt, wobei die Armee den Fortschritt ihrer techni-  
schen Ausrüstung auch dem breiten Publikum sichtbar  
machte. Die Parade, welcher der Staatspräsident diesmal  
nicht beinhob, wurde von Marschall Smigły-  
Rydź im Beisein der gesamten Regierung, der Generalität und anderer hoher Würdenträger des Staates und der  
Kirche, sowie von den in Warschau akkreditierten Vertretern  
und Militär-Attachés der einzelnen Länder abgenommen.  
An der Parade nahmen in diesem Jahr zum Zeichen ihrer  
Liebe zur Armee und ihrer Einheitsbereitschaft Jugend-  
organisationen aller politischen Richtungen teil. Eine Aus-  
nahme bildeten lediglich die Jugendorganisationen der  
Nationalen Partei, die, wie es in ihrer Erklärung heißt,  
trotz ihrer heißen Vaterlandsliebe und ihrem Gefühl der  
Verbundenheit mit der Armee nicht mitmarschieren könnten,  
weil bei dieser Parade auch linkseingestellte Jugend-  
Organisationen, ja sogar Marxisten und Juden mit-  
marschierten.

Auch im Auslande, wo Polen in größeren ge-  
schlossenen Massen zusammenwohnen, wurde der 11. No-  
vember in der üblichen Weise gefeiert. So fanden in Ber-  
lin und an anderen Orten in Deutschland, in denen es  
Polen gibt, Gottesdienste und verschiedene Veranstal-  
tungen statt. Die in Deutschland erscheinende polnische  
Presse gedachte des Tages in zahlreichen Artikeln.

In Danzig hatten die Polen ihre Häuser mit  
polnischen Nationalflaggen geschmückt. Bes-  
onders reich dekoriert waren die Bahnhöfe auf dem Gebiet  
der Freien Stadt, die polnischen Schulen usw. In der  
Stanislauskirche in Langfuhr fand ein feierlicher Gottes-  
dienst statt, an dem der polnische Generalkommissar, Mi-  
nister Chodacki, mit seiner Gattin, die Vorsteher der  
polnischen Behörden in Danzig, die polnischen Volkstags-  
abgeordneten, Vertreter der polnischen sozialen, kulturellen,  
wirtschaftlichen und sportlichen Organisationen usw. teil-  
nahmen. Wends fand in der Sporthalle eine Festversam-  
mlung statt, und im Anschluß hieran veranstaltete der Ge-  
neralkommissar in seiner Privatwohnung einen Raut, zu  
dem etwa 200 Personen geladen waren.

## Zweimal Beck.

Ein doppelter Irrtum einer führenden tschechischen Zeitung.

Für die außenpolitischen Personenkenntnisse eines  
großen tschechischen Blattes ist folgender peinlicher Irrtum  
bezeichnend, der dem Prager "Těsle Slovo" unterlaufen ist.  
Es meldete in großen Lettern den Rücktritt des polni-  
schen Außenministers Oberst Beck und nannte  
als seinen Nachfolger einen General von Reichenau.  
In Wirklichkeit aber ist Oberst Beck nicht zurückgetreten  
und denkt auch gar nicht daran, selbst wenn es einige  
tschechische Kreise wünschen sollten.

Das "Těsle Slovo" verwechselt einfach den polnischen  
Außenminister Oberst Beck in Warschau mit dem  
Chef des Generalstabs der deutschen Armee, General  
Beck, in Berlin, der — nach Gerüchten, die von  
einem Teil der nichtdeutschen Presse kolportiert werden —  
durch den bekannten General von Reichenau, früher  
Chef des Ministeriums im Reichswirtschaftsministerium, seit  
einigen Jahren Leiter des Reichswehrgruppenkommandos  
in München ersezt werden sollte. Auch diese Gerüchte  
waren falsch. Der deutsche Beck in Berlin hat sich genau  
so in seiner Stellung gehalten wie der polnische Beck in  
Warschau. Und da sich beide Namensvettern im besten  
Mannesalter befinden, dürfen sie vermutlich dem "Těsle  
Slovo" noch lange nicht die Freude eines Abschieds von  
ihren verantwortungsvollen Ämtern bereiten.

## Paderewski

zieht sich aus der Front von Morges zurück

In Warschauer politischen Kreisen sind Gerüchte in  
Umlauf, daß Ignacy Paderewski im Ergebnis  
des Konflikts, der zwischen General Haller und Ko-  
ronty ausgebrochen ist, entschlossen sei, sich von der  
Zusammenarbeit mit diesen Oppositionsführern in der po-  
litischen Aktion und im besonderen in der sogenannten  
Front von Morges zurückzuziehen.

## Botschafter Bullit kommt nach Warschau.

Wie sich die polnische Presse aus Paris melden läßt,  
wird sich der dortige amerikanische Botschafter Bullit in  
der nächsten Zeit in besonderer Mission nach Warschau  
begeben. Die Presse erinnert daran, daß Botschafter  
Bullit als Vertrauensmann des Präsidenten  
Rosevelt gewissermaßen der erste Repräsentant der  
Vereinigten Staaten in Europa sei und betont, daß die  
Ankündigung seiner Ankunft in Warschau eine besondere Be-  
achtung verdiene.

Nach Informationen des "Illustrowaný Kurjer Czo-  
dzienny" ist mit der Ankunft des amerikanischen Botschaf-  
ters in Warschau Ende dieser oder Anfang der nächsten  
Woche zu rechnen. Gleichzeitig erfährt das Blatt, daß  
Botschafter Bullit in Warschau Gast des Botschafters Bi-  
zdele sei und mit dem Außenminister Beck Besprechun-  
gen haben werde.

## Italienischer Protest in Prag. Kommunisten-Heze gegen den Duce im Parlament

Der italienische Gesandte in Prag ist am Mittwoch  
beim tschechoslowakischen Außenminister vorstellig geworden,  
um gegen kommunistische Angriffe im Parlament auf den  
Faschismus und dessen Führer zu protestieren. Der tschechos-  
lowakische Außenminister hat darauf über die Haltung  
der kommunistischen Minderheit im Prager Abgeordneten-  
haus seine Missbilligung geäußert und dem italienischen  
Gesandten sein lebhaftes Bedauern über diesen  
Vorfall ausgedrückt.

Anlaß zu diesem Protestschritt bot die Rede des tschechi-  
schen kommunistischen Abgeordneten Sverna bei der Be-  
handlung eines Zusatzabkommens zum italienischen Han-  
delsvertrag im Prager Abgeordnetenhaus am Dienstag, die  
vom Präsidenten des Hauses teilweise beschlagenahmt wurde.  
Die Rede war eine einzige Heze gegen Italien und ver-  
urteilte scharf die Unterzeichnung des Antikommunisten-  
Abkommens. Sverna kritisierte weiter die offizielle  
Spanienpolitik der Tschechoslowakischen Regierung und be-  
hauptete schließlich, die Arbeiterschaft der Tschechoslowakei  
werde immer an der Seite Sowjetrusslands stehen. Bei der Abstimmung über das Zusatzabkommen  
brüllten die kommunistischen Abgeordneten wütende Schläge gegen Italien und den Duce.

## Was wird aus Dawtjan?

Wie wir bereits in einem Teil unserer letzten Ausgabe  
mitteilen konnten, hat der Warschauer Sowjetbotschafter  
Dawtjan seinen Posten verlassen, um sich aus dem politi-  
schen Leben zurückzuziehen, und zwar angeblich seiner  
Frau zuliebe (?), die Mitglied der Moskauer Staatsoper ist.  
Seine Frau, die bekannte Moskauer Sängerin Wal-  
salowa, soll mit dem ermordeten Marshall Tschutschewski  
in Verbindung gestanden haben.

Das gleiche Schicksal widerfuhr dem Pressattaché der  
Warschauer Sowjetbotschaft Aleksandrow, dem Ta-  
ktschirter Postnikow und dem Sowjetgesandten in  
Kowno, Podolski, der früher Gesandtschaftsrat in War-  
schau war. Auch sie befinden sich zur Rechtfertigung in  
Moskau.

Im Zusammenhang mit der Abberufung des bisherigen  
Warschauer Sowjetbotschafters von seinem Posten nach  
Moskau meldet die Warschauer Presseagentur ATG, daß  
Dawtjan, nach Gerüchten, die in Moskau verbreitet  
sind, bereits durch die GPU verhaftet worden ist.

## Stalins Motorboot wurde beschossen?

In Baku fand, wie die Zeitung "Bakinskij Na-  
votščij" meldet, ein sensationeller Prozeß gegen 14 bis-  
herige leitende Funktionäre der Sowjetrepublik  
Aserbaidschan statt, darunter zwei Volkskommissare  
und mehrere Rayon-Parteisekretäre.

Die Angeklagten, sämtlich Aserbaidschaner, wurden be-  
schuldigt, eine geheime antisowjetische nationalistische Orga-  
nisation gegründet und im ganzen Lande Gruppen und  
Zellen zur

## Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes gegen Moskau mit dem Ziel eines unabhän- gigen Aserbaidschan

Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes  
gegen Moskau mit dem Ziel eines unabhän-  
gigen Aserbaidschan

betrrieben zu haben. Das Gericht fällte zehn Todesurteile, die bereits vollstreckt wurden. Der Bakuer Prozeß bestätigt im übrigen die seit einiger Zeit vorliegenden  
Nachrichten über eine starke antisowjetische, panislamistische Bewegung in Aserbaidschan, die massiv verhaftungen nach sich gezogen habe.

In Suchum fand, nach der Zeitung "Sarja Wostoka",  
ein nicht minder interessanter Prozeß statt, wo gleichfalls  
eine Reihe bisheriger Spitzenfunktionäre der Republik  
Abchasien vor Gericht standen, so z. B. der Parteisekretär der Republik, Ladaraja, der Volkskommissar für Landwirtschaft u. a. m. Auch in diesem Prozeß waren  
wegen Hoch- und Landesverrats, wegen Sabotage, Vorbereitung zu terroristischen Akten und bewaffneter Putsch  
Anklage erhoben worden. Im einzelnen wurde den Angeklagten u. a. auch ein Vorcommis zur Last gelegt, das sich im Unterschied zu den übrigen phantastischen Anschuldigungen tatsächlich ereignet haben soll.

Im Jahre 1933 war nämlich das Motorboot  
Stalins, der zur Erholung an die abchassische  
Schwarze-Meer-Küste wollte, von einer Küsten-  
batterie aus beschossen worden. Nun sollen  
die im Schumener Prozeß angestellten Abchasier für  
diesen Zwischenfall verantwortlich gemacht werden.

Die Angeklagten sollen ihre terroristischen Akte und  
Putschversuche auf Anstiften des früheren erst fürzlich an-  
geblich verstorbene Präsidenten der Republik Aser-  
baidschan, Nestor Lakoba, unternommen haben. Beim  
Tode Lakobas brachte die "Iswestija" noch vor wenigen Monaten einen langen, ehrenvollen Nachruf. Lakoba galt bisher  
als einer der wenigen überlebenden kaukasischen  
Jugendfreunde und Vertraute Stalins. Nunmehr erscheint das plötzliche Ableben Lakobas jedoch in neuem, geheimnisvollem Licht, da einige Angeklagte, dem  
Suchumer Prozeßbericht zufolge, erklärt haben, sie hätten ihre  
moskaufindlichen Machenschaften begonnen, "um den Tod  
Nestor Lakobas zu rächen" (!). Zehn der Angeklagten sind  
inzwischen vom Sondergericht zum Tode verurteilt und bereits hingerichtet worden.

## Weitere Todesurteile

meldet die Provinzpress aus Leningrad, wo sechs An-  
gehörige einer trotskistischen Organisation erschossen wur-  
den, aus Nižnij-Novgorod, wo drei angebliche Sa-  
boteure der Bierwirtschaft zum Tode verurteilt wurden,  
aus Taschkent, wo vier neue Erschießungen von "Staats-  
feinden" zu verzeichnen sind, aus Chabarowsk, wo zwei in  
einer politischen Mordaffäre Angeklagte zum Tode ver-  
urteilt wurden, und aus Smerdowsk, wo im Rayon  
Newjansk fünf "staatsfeindliche Kolchosleiter und Tierärzte"  
erschossen worden sind.

## Weltausstellung auch 1938.

Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, hat der  
französische Kabinettstag am Montag abend beschlossen, die  
Weltausstellung im Jahre 1938 wieder zu eröffnen. Man  
rechnet damit, daß hierzu ein Kredit in Höhe von 300  
bis 400 Millionen Franc angefordert werden wird.

## Deutsches Reich.

### Deutsche Arbeiter in Neapel.

Die Ankunft der ersten, aus drei Schiffen bestehenden  
AdF-Flotte in Neapel, die dreitausend deutsche Ar-  
beiter an Bord trug, wurde ein überaus eindrucksvolles  
Verbrüderungsfest der beiden Völker. Schon am Hafen wurden die deutschen Urlauber von einer großen  
Menschenmenge und von Abordnungen der faschistischen  
Organisationen empfangen. Überaus bezeichnend für die  
weitgehende Angleichung der Volksmeinungen war, daß die  
Italiener Sprachbänder trugen, die auf Deutschland  
berechtigte Kolonialforderungen hinwiesen. Den Grundton der Verständigung der Völker schlug auch  
Dr. Ley in einer Ansprache an, in der u. a. sagte, daß die  
engen Kanäle einer offiziellen Vertretung nicht mehr ge-  
nügen, sondern daß die beiden Völker den Wunsch haben,  
sich persönlich kennen zu lernen. Er kündigte an, daß noch  
in diesem Jahr 30 000 deutsche Arbeiter nach  
Italien kommen werden, im nächsten Jahr 100 000 und im  
übernächsten Jahr eine halbe Million. Zwei neue  
Schiffe für diese Reisen seien beinahe fertig, zwei weitere  
würden bis 1940 fertig werden. Der zweitägige Aufenthalt  
der deutschen Urlauber in Neapel wurde ausfüllt mit Be-  
suchen der Stadt und Pompeji, mit einem großen Fest,  
das die faschistische Partei im Schloß San Martino gab, und  
mit einem Börfest auf dem "Deutschen". Die nächste AdF-  
Reise wird, wie Dr. Ley ankündigte, wahrscheinlich nach  
Afrika und Tripolis gehen.

### Ausstellung "Der ewige Jude" in München.

Im Kongressaal des Deutschen Museums in München  
wurde eine Ausstellung "Der ewige Jude" eröffnet. Mit dieser Ausstellung, die zum ersten Mal in der  
deutschen Geschichte und in der Geschichte überhaupt in einer  
großen Schau alles das, was gegen das internationale  
Judentum vorzubringen ist, zur Darstellung bringe, nehm  
der Nationalsozialismus, so erklärte Dr. Göbbels bei  
der Eröffnung ein geschichtliches Verdienst für sich in An-  
spruch. Zugleich betonte er, daß großer Wert darauf ge-  
legt worden sei, keine demagogische und im übrigen  
Sinn propagandistische Schau zusammenzustellen,  
sondern es sei alles wissenschaftlich belegt und untermauert. Vor Dr. Göbbels sprach Gauleiter  
Streicher, der eine Darstellung des jüdischen Charakters  
gab und vor allem darauf hinwies, daß die Juden als Ver-  
körperung der "Sünde wider das Blut", nicht mehr schöpferisch  
wirken könnten. Gauleiter Streicher unterstrich diese  
Erkenntnisse durch eine Reihe von Zitaten bekannter  
jüdischer Schriftsteller. Schließlich warnte Gauleiter  
Streicher davor, die Judenfrage durch die Ausschaltung  
der Juden aus der Staatsführung und durch die Aus-  
schaltung der Juden aus der Staatsführung und durch die  
Nürnberger Gesetze als gelöst zu sehen. Man müsse immer  
auf der Hut vor neuer Infektion sein. Es wäre daher für  
das deutsche Volk ein Unglück, würden die kommenden  
Generationen das ihnen von heute überlieferte Wissen  
wieder verlieren oder in seiner Bedeutung mißachten.

### Schacht über Schacht-Gerüchte.

Einem Vertreter der Schweizer Depeschenagentur gab  
Reichshauptpräsident Dr. Schacht, der gegenwärtig auf  
einer BVB-Sitzung in Basel weilt, auf die Frage nach  
seinen Rücktrittsabsichten folgende Erklärung ab:

"Ich benutze Ihre Anfrage gern, um den Gerüchten des Auslandes entgegenzutreten, die ver-  
schiedentlich von grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Deutschen Regierung sprechen. Solche Ge-  
räute sind völlig unbegründet. Ich habe niemals  
eine andere Finanz- und Wirtschaftspolitik betrieben, als jene Hitlers. Auch in Zukunft wird niemals eine  
andere Politik als die Hitlers gemacht werden. Meine Bitte, mich von dem Amt des Reichswirtschafts-  
ministers zu entbinden, das ich jetzt mehr als drei Jahre  
provisorisch geführt habe, entspricht lediglich der organi-  
satatorischen Aufgabe des Vierjahresplanes, dessen Durch-  
führung eine einheitliche Leitung in der Wirtschaft absolut  
nötig macht."

### Kein Erbanspruch Ausgebürgter.

In einem Reichsgesetz, das soeben von der Reichs-  
regierung erlassen wurde, werden die Erbansprüche  
Ausgebürgter geregt. Danach können Personen,  
die der deutschen Staatsangehörigkeit verlustig gingen,  
keinen Erbanspruch auf die Nachlässe von deutschen  
Staatsangehörigen im Todesfall erheben. Im gleichen Ge-  
setz werden Schenkungen deutscher Staatsangehöriger an  
ausgebürgerte Personen verboten. Ferner wird  
bestimmt, daß ein Erblasser deutscher Staatsangehörigkeit  
und deutschen oder artverwandten Blutes seinen Kindern  
oder anderen Verwandten den Pflichtteil entziehen kann, wenn diese entgegen dem gesetzlichen Verbot  
eine Ehe mit Juden eingegangen sind.

### Das polnische Ballett Parnell in Berlin.

Das polnische Ballett Parnell, das bekanntlich bei den  
Olympischen Spielen die Goldmedaille im Kunsttanzen er-  
halten hat, ist auf seiner neuen Deutschlandreise wieder  
einmal in Berlin eingetroffen. Es hat im Borsigsaal einen  
Tanzabend veranstaltet und ist vom deutschen Publikum  
und von der Presse wieder herzlich aufgenommen worden.  
Polen erhält den ersten Preis für Jagd-Photographie.

Aus Berlin wird gemeldet, daß bei der Bewertung der  
Jagdphotographie auf der Internationalen Jagd-  
Ausstellung Polen den ersten Preis erhalten hat.

In der Maseret hat bei der Individual-  
bewertung der Schwede Bruno Silenfors den Ehrenpreis  
des Deutschen Reichskanzlers erhalten.

### Gerüchte um Mussolini's Sohn.

In Warschau ist, wie die dortige Presse mitteilt, die  
Nachricht eingetroffen, daß der Sohn des Duce, Bruno  
Mussolini, der sich in den letzten Tagen an der Spitze  
eines italienischen Flugzeuggeschwaders nach Spanien be-  
geben hatte, bei den dortigen Kämpfen gefallen sei. Nach  
dem einen Bericht sei er getötet oder schwer verwundet worden,  
nach dem anderen habe man ihn während eines Fluges über  
dem Territorium der Roten Truppen zur Landung gezwungen  
und gefangen genommen. Die Presse vertritt den  
Standpunkt, daß keine dieser Versionen der Wirklichkeit entspräche und bringt sie mit der Tatsache in Zusammenhang,  
daß schon seit drei Wochen die Räumung Spaniens durch  
italienische Truppen im Gange sei, wobei drei Divisionen  
italienischer Freiwilliger bereits nach Tripolis geschafft  
worden sind.







## Dirschau (Czew)

Die Diebstahlschronik meldet die Entwendung eines Türkildes und von eingemachtem Saft zum Schaden eines J. Schulz von hier. — Ferner stahl man dem Landwirt Felix Jakubowski aus der Gerätekammer Handwerkzeug. — Dem Landwirt Edward Habromski entwendete man Gemüse aus seinen Anlagen in Westin. — Dem Fischer Vincenz Januszkiewski von hier wurde ein Fangleß im Werte von 40 Zloty entwendet. — Ein Spießbube stahl dem Besitzer B. Bausch aus Adlig-Biebenau einen Frackanzug, eine Reithose und 36 Zigarren. — Bei einer Wanderung über Land war dem Dirschauer Bernhard Wisniewski eines Gans des Landwirts Luzian Freile aus Stangener-Mühle zu nahe gekommen, die derselbe ohne weiteres für sich anektierte und daher zur Anzeige kam. — Fünf Gänse stahl man nach Herausbrechen eines Teils der Stallmauer dem Landwirt Bonczkowski aus Turze. — Zwei Gänse verschwanden dem Eisenbahner B. Lipinski von hier.

de Fahrraddiebstahl. Bronislaw Gdaniec aus Babagno wurde sein Fahrrad vor dem Kolonialwarenladen von Preddella in Szwarczin gestohlen.

de „Schneider bleib bei deiner Nadel“, hätte sich der Dorfschneider Jan Korkier aus Westin hiesigen Kreises sagen sollen. Er war seines Handwerks überdrüssig und spazierte nächtlicherweise umher. Des Getreide diebstahls schwer verdächtig, wurde der dem Handwerk ungetrenn ge wordene Schneider jetzt verhaftet.

de Der letzte Wochenmarkt brachte ein lebhafteres Geschäft als üblich. Der Gänsemarkt war wieder gut besucht. Gänse kosteten pro Pfund 0,60, später 0,55, Enten 0,70, Hähnchen 1,40, gerupft 1,90, Suppenhuhn 2,60, Tauben das Paar 0,90. Landbutter brachte 1,90—1,50, Molkereibutter 1,60—1,70, Eier 1,50—1,60. Für Rosenkohl zahlte man 0,25, Grünkohl 0,10, Blumenkohl 0,15—0,30, Weißkohl 0,05, Rotkohl 0,15, Rote Beete 0,10, Steinpilze 0,25, Butterpilze 0,15, Apfel 0,25—0,40, Birnen 0,50—0,55. Der Fischmarkt lieferte Hähne zu 0,80, Schleie 0,80, Bresen 0,35, Klundern drei Pfund 1,00. Die Fleischpreise zeigten keine Änderung.

### Dirschauer Kirchennachrichten.

S. Georgenkirche, Sonntag, 14. 11. 1937 (25. n. Trinitatis): 10 Uhr Hauptgottesdienst, 11½ Uhr Kindergottesdienst, 3 Uhr Erbauungsstunde. Montag, 15. d. M., 8 Uhr abends Kirchenchor. Fuß- und Betttag, 17. d. M., 10 Uhr Hauptgottesdienst, danach Beichte und hl. Abendmahl. Donnerstag, 18. d. M., 8 Uhr abends Evangelische Jugendversammlung.

### Nationale, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Turn- und Sportverein 1862. Freitag, den 12. November, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Sporthaus. Vortrag zu Bildern. 7422

### Direkte Züge Gdingen—Danzig—Prag und Gdingen—Danzig—Wien.

Wie die polnische Presse meldet, sind auf der europäischen Fahrplankonferenz seinerzeit eine Reihe von Vereinbarungen über direkten Verkehr zwischen Polen und der Tschechoslowakei und Österreich getroffen worden. Auf Grund dieser Abmachungen soll ab 15. 5. 1938 ein neues Zugpaar auf der Strecke Gdingen—Danzig—Posen—Kattowitz eingesetzt werden, das direkte Wagen sowohl nach Prag wie nach Wien führt, die in Kattowitz mit dem Schnellzug Warschau—Prag bzw. Warschau—Wien zusammengestellt werden. Der Zug soll in Gdingen um 10,06 Uhr abfahren und um 6,30 Uhr in Wien bzw. 6,47 Uhr in Prag sein. Die Rückfahrt erfolgt von Prag um 23,03 Uhr und von Wien um 23,15 Uhr, die Ankunft in Gdingen um 18,56 Uhr.

Die Züge werden auch unmittelbare Wagen für die Strecke Danzig—Posen—Ratitsch—Breslau mitführen.

lk Briesen (Wahrzechno), 10. November. Bei dem Besitzer Rybelski in Schönbrat hiesigen Kreises drangen bisher nicht ermittelte Täter ein, die verschwundene Garderobenstücke stahlen.

\* Görsdorf (Ogorzeling), 10. November. Unbekannte Diebe drangen bei dem Besitzer Bernhard Sawalich ein und stahlen Kleidungsstücke im Werte von 200 Zloty. — Dem Kaufmann Kusawski stahlen Diebe die beiden Türen des

Saals. Der Polizei gelang es, eine der Türen in einem nahgelegenen Teich aufzufinden.

\* Kamin, 10. November. Am Donnerstag, dem 18. d. M., findet hier selbst ein Vieh- und Pferdemarkt statt.

Ein seltenes Jagdglück hatte der Besitzer Alois Spłoszowski II, Abbau Gr. Birkwi. Er schoss auf dem Gr. Birkwi Jagdgelände einen Seeadler, dessen Flügelspannweite 2,18 Meter war.

Dem Besitzer Ernst Richter wurden aus der Scheune 2—3 Bentner ungereinigte Gerste gestohlen. Die Polizei ermittelte drei jugendliche Burschen aus Kamin als Täter.

Br Neustadt (Weihenrode), 10. November. Vom Burgherricht wurden Herbert Töpler und Friedrich Szylking wegen Fahrraddiebstahls zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. — Julius Formella und sein Sohn Georg waren wegen Holzdiebstahls angeklagt. Julius Formella erhält fünfzig Zloty Geldstrafe oder zehn Tage Arrest, sein Sohn kam mit zehn Zloty Geldstrafe oder zwei Tagen Arrest davon.

sd Stargard (Starogard), 10. November. Der bei dem Verkehrsunfall in der Schöneckerstraße schwer verunglückte Kaufmann Ludwig Drummer ist Donnerstag früh seinen Verleihungen erlegen.

Auf einer Versammlung im Rathaus ist ein Städtisches Komitee für die Winterhilfe gegründet worden.

a Schweb (Swiecie), 10. November. Von einem schweren Unglück wurden zwei auswärtige Händler, die mit ihrer Ware hier auf dem Jahrmarkt waren, betroffen. Auf der Heimfahrt hatten mehrere Händler gemeinsam ihre Ware auf ein Lastauto gepackt. Da sie die Bündel und Koffer sehr hoch aufgepackt hatten, setzten sich zwei Brüder hoch auf die Bagage, damit nichts herunterfallen sollte. Der Chauffeur wollte einem Fuhrwerk auf der Chaussee Schweb—Schönau



### Deutschland Inhaber des internationalen Geschwindigkeitsrekords für Landflugzeuge.

Die deutsche Luftfahrt hat am 11. November 1937 einen stolzen Erfolg errungen: Es ist Deutschland zum ersten Male möglich gewesen, den internationalen Geschwindigkeitsrekord für Landflugzeuge in seine Hand zu bringen.

Der Rekord ist nach den internationalen Abmachungen über einer geraden Strecke bei Augsburg von dem Chefpioten der Bayerischen Flugzeugwerke, Dr. Ing. Wurster, mit einem Messerschmitt-Flugzeug vor der Kommission der Federation Aeronautique Internationale (FAI) erzielt worden, und zwar mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 610,21 Kilometerstunden.

Den bisherigen internationalen Rekord für Landflugzeuge hatte der Amerikaner Hughes auf „Hughes Special“ mit 567,115 Kilometerstunden. Die Leistung des Chefpiotens Wurster ist um so höher zu werten, als der Flug nach den internationalen Bestimmungen in Höhe von nicht über 50 Metern ausgeführt werden mußte. Der Erfolg kann die deutsche Luftfahrtindustrie mit um so größerem Stolz erfüllen, als Deutschland hinsichtlich der Höchstgeschwindigkeit noch ziemlich weit unter Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten zurückstand. Er war nur möglich durch die ausgesuchte Zusammenarbeit zwischen den Bayerischen Flugzeugwerken, der Firma Daimler-Benz, die den Motor — DB 600 lieferte, und der Heddernheimer Kupferwerke in Frankfurt/Main, die die Verstell-Düsenturbine geliefert hat. Die Direktion hat den Rekord bereit der FAI gemeldet. Wurster ist einer der erfolgreichsten deutschen Einstiger. Er hat auch längere Zeit an der Erprobungsstelle der Luftwaffe in Travemünde gearbeitet.

Der absolute Weltrekord wird von dem Italiener Agello mit einem Wasserflugzeug gehalten, und zwar mit einer durchschnittlichen Stundengeschwindigkeit von 708 Kilometer.

Der stolze Erfolg der deutschen Luftfahrt hat den Reichsminister der Luftfahrt, Generaloberst Göring, veranlaßt, an die Bayerischen Flugzeugwerke in Augsburg und an die Firma Daimler-Benz in Untertürkheim folgendes Telegramm zu richten:

„Zu dem hervorragenden Erfolg, den Sie Ihrer zielbewußten gemeinsamen Entwicklungsbearbeitung verdanken, beglückwünsche ich Sie herzlich und bitte Sie, meine besondere Anerkennung Ihrer Gesellschaft zu übermitteln. Es erfüllt mich mit stolzer Freude, daß die deutsche Luftfahrt in den wenigen Jahren des Wiederaufbaus eine so hervorragende Spitzenleistung erzielen konnte. Ich bin überzeugt, daß Ihnen dieser Erfolg ein weiterer Ansporn für die Zukunft sein wird.“

Der Flug wurde am Donnerstag nachmittag um 2 Uhr ausgeführt. Der Weltrekord reiht sich würdig den Erfolgen an, die die Messerschmitt-Maschinen bereits bei ihrem ersten öffentlichen Auftreten in der Schweiz erringen konnten.

det wurde dieses Vorgehen damit, daß die Chinesen auf den japanischen Teil der internationalen Niederlassung angeblich das Feuer eröffnet hätten. Tokio wies außerdem darauf hin, daß in dem Waffenstillstandsabkommen von 1932 die Enimilitarisierung von Shapai vereinbart worden sei, daß die Chinesen durch die Stationierung einer übergroßen Zahl von Polizeikräften in diesem Vorort diese Vereinbarung aber gebrochen hätten.

Mit dieser Festsetzung japanischer Truppen in Shapai begann dann der Ablauf der Dinge, der jetzt zur völligen Belohnung Shanghais geführt hat. Chinesische Truppen drangen in den japanischen Teil der Internationalen Niederlassung ein, chinesische Flugzeuge bombardierten die bei Shanghai liegenden japanischen Kriegsschiffe und es gab auch gleich internationale Zwischenfälle, weil dabei einige Bomben in den europäischen Teil der Internationalen Niederlassung fielen, wobei etwa 1000 Personen, größtenteils Chinesen, getötet wurden. Das Konsulatkorps protestierte beim chinesischen Bürgermeister Yui, dieser beschuldigte die Japaner der Neutralitätsverletzung; das japanische Kabinett aber bestritt die Absicht, chinesischen Boden zu erobern. Die militärischen Maßnahmen dienten nur dem Schutz von Leben und Eigentum der in Shanghai anwesenden japanischen Staatsbürger. England machte den Vorschlag, das Gebiet von Shanghai von den Feindseligkeiten auszuschließen, aber die Japanische Regierung lehnte dies als unmöglich ab. Engländer und Amerikaner begannen daraufhin, ihre Staatsangehörigen aus Shanghai abzutransportieren.

Nachdem sich dann der Widerstand der chinesischen Truppen, die von Norden her gegen die japanische Front bei Shanghai drückten, verstärkt hatte, nahmen die Kämpfe größeren Umsfang an, und am 20. August erklärte der japanische Ministerpräsident Fürst Konoye, die Japanische Regierung sehe sich mit Rücksicht auf die Haltung der Chinesen in Shanghai gezwungen, ihre Bestrebungen zur Lokalisierung des Konflikts aufzugeben; sie werde nunmehr alle Mittel einzehlen, um Nanking zur Einsicht zu zwingen. Das bedeutete die Ansage des Großangriffs auf die chinesische Metropole. Auch daß unmittelbar nach dem englischen Vermittlungsvorschlag der amerikanische Staats-

sekretär Hull beide Parteien, die Chinesen sowohl wie die Japaner, ermahnte, die Feindseligkeiten einzustellen, hatte in diesem Stadium der Entwicklung begreiflicherweise keinen Erfolg mehr.

Am 26. August ereignete sich dann der Zwischenfall mit dem britischen Botchafter Sir Hughes Knatchbull-Hugessen, der von einem japanischen Flugzeug 40 Kilometer von Shanghai entfernt, versehentlich beschossen und schwer verwundet wurde. Die Angelegenheit, die Ausgangspunkt eines schweren englischen Protestes wurde, schien zunächst sich kritisch auszuspielen, ist dann aber, nachdem Tokio sachliche Aufklärung gegeben hatte, nicht weiter verfolgt worden. Inzwischen landeten die Japaner nordwestlich von Shanghai zwischen Wusung und Liuho unter dem Schutz ihrer Kriegsflotte größere Truppenabteilungen, die den Chinesen in die Flanke stießen. Sie bedrohten von dort aus die Rückzugslinie der chinesischen Truppen nach Nanking. Schon damals wurde gemeldet, daß gleichzeitig auch im Südwesten von Shanghai in der Bucht von Hangchow, also dort, wo auch bei den letzten entscheidenden Kämpfen japanische Streitkräfte gelandet wurden, Truppenabteilungen ausgesetzt worden seien.

Bis Anfang Oktober gelang es den Japanern in schweren Kämpfen die Straße Lodi-Liuho im Rücken der chinesischen Front in ihren Besitz zu bringen, und am 23. Oktober durchbrachen sie bei Tachang, etwa 9 Kilometer nordwestlich von Shanghai, die chinesischen Linien. Durch diesen Durchbruch kamen sie der Eisenbahnlinie Shanghai—Nanking, die die einzige leistungsfähige Rückzugslinie der Chinesen und gleichzeitig deren Versorgungsbasis darstellte, auf etwa 5 Kilometer nahe. Die Lage der chinesischen Truppen war jetzt schon hoffnungslos, und am 1. November sahen sie sich genötigt, Kiangwan und Shapai preiszugeben. Auf der ganzen Nordfront von Shanghai traten sie den Rückzug an und es war nur noch eine Frage von Tagen, bis sie auch den letzten Soldaten aus Shanghai würden zurückziehen müssen, diese Stadt damit den Japanern preisgebend. Das ist nunmehr geschehen.

Während man in Brüssel am Grünen Tisch der Fernost-Konferenz immer noch präjudiziert, ist an der wichtigen Schlüsselstellung in Ostasien die Entscheidung durch die Waffen gefallen. Die Diplomaten kommen zu spät.

rs Schweb (Swiecie), 12. November. Wie aus Thorn berichtet wird, hat die Wojewodschaft die Wahl von Walentyn Kierzkowski zum Bürgermeister der Stadt Schweb bestätigt.

a Schweb (Swiecie), 10. November. Bei einer Treibjagd auf dem Gelände in Suchan wurden von 28 Schülern 8 Hosen geschossen.

Der letzte Jahrmarkt war nur schwach besucht und mäßig besucht. Der Vieh- und Pferdemarkt war ebenfalls nur schwach besucht. Es wurde viel Material zurückgenommen. Die Preise waren wenig verändert.

\* Tuchel (Tuchola), 10. November. Am Dienstag, dem 16. November, findet hier selbst ein Kram-, Vieh- und Pferdemarkt statt.

Auf dem hiesigen Standesamt kamen in der Zeit vom 1.—31. Oktober d. J. zur Registrierung: 12 Geburten (sieben Knaben, 5 Mädchen), 18 Hochzeiten und 9 Todesfälle.

Dem Besitzer Drzewiecki in Gr. Budzisk haben unbekannte Diebe ein zwei Bentner schweres Schwein aus dem Stall gestohlen.

## 500 Bergarbeiter in einer japanischen Kupfergrube verschüttet.

In einer Kupfergrube bei Raizuma in der Provinz Nagano wurden 500 Bergarbeiter durch einen Erdbeben verschüttet. Sie haben sämtlich den Tod gefunden.

## Rundfunk-Programm.

Sonntag, den 14. November.

Deutschlandsender:

6.00: Bremer Hafenkonzert. 8.00: Schallplatten. 8.20: Und Sonntags auf Land! 9.00: Sonntagsmorgen ohne Sorgen. 10.00: Alles, was du tu'st, soll ein Opfer sein! 10.45: Schallplatten. 11.30: Kantate Nr. 161 von Job. 12.00: Komm, du süße Todestunde. 12.00: Mittag-Konzert. 14.00: Familie Engel geht spazieren. 14.30: Fantasien auf der Welt-Kino-Orgel. 15.00: Schallplatten. 16.00: Vom Hundersten ins Tausendste. 18.00: Schöne Melodien. 20.00: Großkonzert. 22.00: Nachrichten. 22.30: Wir bitten zum Tanz!

Königsberg—Danzig.

6.00: Hafenkonzert. 8.30: Schallplatten. 9.10: Evangelische Morgenfeier. 10.00: Morgenfeier der SA. 10.30: Für große und für kleine Lente. 11.00: Solisten musizieren. 12.00: Mittag-Konzert. 14.30: Kurzweil. 15.15: Der Mächtigste der Welt. 15.45: Schimlat ist der Ansicht. 16.00: Königsberg: Wunschkonzert. 16.00: Danzig: Unterhaltungskonzert. 19.10: Frontsoldaten. Kamerad — ich suche dich! 20.00: Königsberg: Konzert für das W.H.W. 20.00: Danzig: Wagner-Konzert. 22.40: Königsberg: Konzert für das W.H.W. 22.40: Danzig: Wir bitten zum Tanz!

Breslau—Gleiwitz:

6.00: Hafenkonzert. 8.10: Volksmusik. 9.00: Morgenfeier der SA. 9.30: Klaviermusik. 10.00: Frohe Klänge am Sonntagmorgen. 11.00: Bei Kriegsausbruch in fremdem Land. 11.15: Zwei Kantaten. 12.00: Mittag-Konzert. 14.10: Es war einmal ... 14.30: Die Schützentrüse. 15.30: Musik der Straße. 15.45: Ein Ozeandampfer fährt in den Urwald. 16.00: Als Großmutter tanzte. 19.10: Musik alter Meister. 20.00: Claus von Bismarck. 21.20: Großkonzert. 22.30: Wir bitten zum Tanz!

Leipzig:

6.00: Bremer Hafenkonzert. 8.00: Christliche Morgenfeier. 8.30: Musik auf der Silbermann-Orgel in Ponitz. 9.00: Das ewige Reich der Deutschen. 9.45: Singt und springt! 10.30: Lachender Sonntag. 11.15: Zwei Kantaten von J.S. Bach. 12.00: Mittag-Konzert. 14.05: Musik nach Tisch. 14.40: Das Lachenschlöß. 15.10: Konzertstunde. 16.00: Vom Hundersten ins Tausendste. 18.00: Herbststage in der stillen Sächsischen Schweiz. 18.20: Bunte Musik. 19.10: Nienzi. Der letzte der Tribunen. Große tragische Oper in 5 Akten von Richard Wagner. 22.30: Großkonzert. 22.30: Wir bitten zum Tanz!

Warschau:

8.00: Choral. 9.00: Gottesdienst. 10.30: Schallplatten. 12.00: Orchesterkonzert. 13.30: Unterhaltungskonzert und Gesang. 16.05: Waldbaden von Schumann. 17.00: Schulkonzert. 18.05: Militärmusik und Gesang. 18.40: Hörspiel. 19.35: Schallplatten. 20.50: Nachrichten. 21.00: Sport. 21.15: Hörspiel mit Musik. 22.00: Mozart-Hörspiel.

# Großfürst Nikolai Nikolajewitsch.

Ein russischer „Führer“ im Weltkriege.

Legende und Wirklichkeit.

II.

## Zwischen Revolution und Weltkrieg.

Die revolutionäre Welle ebbte allmählich ab und das dem Zaren treugebliebene Offizierskorps rettete damals Thron und Reich vor dem Umsturz. Aber die Aufgabe der Erneuerung der Armee, deren Fehler in Organisation und Führung sich so grell gezeigt hatten, wurde das Gebot der Zeit, und zwar um so mehr, als die politische Lage in Europa Russlands Position zu einer schwierigen machte. Die Spannung mit England barg große Gefahren in sich, und ebenso drohte die Donaumonarchie die Gelegenheit wahrzunehmen, die Ohnmacht Russlands zu einer Erweiterung ihres Einflusses auf dem Balkan auf Kosten Russlands auszunutzen. Der Rückhalt, den der Zar bei Deutschland gesucht hatte — Björk! — war an dem Widerstand russischer Gegenkräfte, denen der Zar nicht Entschlossenheit genug entgegenzusetzen vermochte, nicht zur Auswirkung gekommen, hätte wohl auch Österreich-Ungarn gegenüber nicht zur Geltung kommen können. Die Armee auf kriegstüchtigen Fuß zu setzen, war mithin für den Zaren notwendig. Das war der Grund, daß schon 1905 auf Besuch des Zaren der „Reichsverteidigungsrat“ gebildet wurde, an dessen Spitze er den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch berief, obwohl der damalige Kommandierende des Kiewer Militärbezirks, General Suchomlinow, der sich dank seines energischen Auftretens gegenüber den Revolutionären von 1905 in Kiew den besondern Gunst des Zaren rühmen konnte, dringend von der Einsetzung eines solchen Apparats und vor der Ausnahmestellung, die der Großfürst erhalten sollte, abgeraten hatte. Das war dem Großfürsten nicht verborgen geblieben und legte den Grund zu der sich immer mehr verschärfenden Spannung zwischen beiden Heerführern, die sich während des Weltkrieges weiter auswirken sollte. „Suchomlinow drang nicht durch und der Großfürst gewann in seiner Stellung beherrschenden Einfluß auf alle Angelegenheiten des Heeres und der Flotte, wurde de facto Vorgesetzter des Kriegs- und Marineministers — aber ohne Verantwortung, während der Kriegsminister nur noch zum Schein oberstes Organ des kaiserlichen Willens blieb und zum Chef einer reinen Verwaltungsbehörde herabgedrückt wurde, namentlich nachdem der Großfürst es verstanden hatte, zu den höchsten Stellungen seine ihm gefügigen Güntlinge heranzuziehen und die Selbständigkeit des Generalstabshofs mit Immediatvortrag neben dem Kriegsminister durchzusehen. Außerdem erhielten die Generalinspektoren, meist Großfürsten, das Recht auf Immediatvortrag, so daß die Macht der Großfürstenpartei damit festgelegt war. Statt straffer Zentralisierung war in der Heeresleitung eine Vielfältigkeit geschaffen, die am allerwenigsten geeignet war, der Auflösung des Heeres halt zu gebieten.“ So hat ein kundiger Beurteiler, der Generalstabsmajor Günther Frans in seinem Werk „Rukland auf dem Wege zur Katastrophe“ die neue Lage charakterisiert. Wäre der Großfürst nur einigermaßen der Mann gewesen, für den er bei seinen Anhängern galt, er hätte ein reiches Betätigungsfeld finden müssen. Aber drei Jahre genügten, um das totale Fiasco festzustellen. Als Mitte Februar 1908 der Ministerrat zusammentrat, um die entscheidende Frage zu beantworten, ob Russland gegen die österreich-ungarischen Annexionspläne auf dem Balkan zu den Waffen greifen könnte, stellte sich zum „panischen Schrecken“ der Minister heraus, daß laut Erklärungen des Kriegs- und Marineministers weder Armee noch Flotte imstande wären, einen Krieg mit Aussicht auf Erfolg führen zu können, nicht einmal gegen die Türkei. Wenige Tage später bestätigte der Rapport des Großfürsten als des Vorsitzenden des Verteidigungsrats, daß es angesichts des mangelhaften Zustandes der Armee dringend geboten sei, „solche aggressiven Handlungen zu vermeiden, die politische Komplikationen hervorrufen könnten“, und daß es daher „dringend geboten sei“ zur Hebung der durch den japanischen Krieg erschütterten Kampfkraft des Heeres „entschiedene Maßnahmen“ zu ergreifen. Damit bestätigte der Großfürst unzweideutig seine eigene Unfähigkeit für die ihm übertragene Aufgabe. Damit war aber auch seine Stellung unhaltbar geworden: der Reichsverteidigungsrat wurde aufgelöst und der Großfürst bereits Ende Juli 1908 auf seinen Posten als Kommandierender des Petersburger Militärbezirks beschränkt.

Zu dem Sinken des Sterns des Großfürsten hatte freilich nicht nur seine autage getretene militärische Unzulänglichkeit beigetragen, sondern wohl vor allem das gerade in jenen Jahren gesteigerte Selbstgefühl des Zaren, das ihn erst fähig machte, aus dem Fiasko des Großfürsten auch die Konsequenzen zu ziehen. Die entspannte innenrussische und europäische Lage stärkte, wie ein so guter Beobachter wie der deutsche Militärbevollmächtigte von Hinze feststellen konnte, Gesundheit und Stimmung des Kaisers sichtbarlich: „Von der Zurückhaltung und der Gedrücktheit der verflossenen fünf Jahre ist wenig mehr nachgeblieben als die Erinnerung an überwundenen Kummer und als Niederschlag dieses Sieges ein gesteigertes Selbstgefühl. Ihre kennzeichnende Äußerung findet leicht genanntes Gefühl in der im Dezember gefallenen Auseinandersetzung, daß Er hier der Herr wäre; seitdem zeigen kleine Auklerlichkeiten, gelegentliche Worte und, allgemein, eine größere Sicherheit und Unbefangenheit des Auftretens das steigende Selbstgefühl. Die Basis hierfür ist die sich (bei ihm) befestigende Meinung, daß er, der Zar, mit der Revolution fertig geworden sei, und damit hat er nicht unrecht; denn der Zar war so ziemlich der einzige, der im Oktober/November 1905 die Ruhe bewahrte.“ Dass dieses geäußerte Selbstbewußtsein — wie das bei im Grunde schwachen Charakteren oft zutage tritt — sich gegen solche Personen wandte, die damals ihre sogenannten „eisernen Naturen“ bedenklich schwach hatten werden lassen, wie gegen den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch — und mit weit weniger Recht gegen Witte — hebt von Hinze ausdrücklich hervor: „Viele der damals berufenen Köpfe und Hände sind abgetan. Der Zar fühlt sich als der einzige, der den Kampf aufgenommen und durchgehalten hat.“ Gewiß hat diese innere Sicherheit nicht lange vorgehalten und sich auch nicht dauernd auf die Politik auswirken können. Dazu war der Zar zu sehr von den ihm umgebenden Personen,

vornehmlich seinen Reformministern abhängig. Wer eine Zeitlang wirkte sie sich doch aus, und wo der Zar sich in seinem Ehrgefühl verletzt fühlte, wie durch den Großfürsten, da bedurfte es bei ihm nur des richtigen Augenblicks, um ihn zur Tat schreiten zu lassen.

Auch diese Momente haben zweifellos mitgespielt, als Suchomlinow den Großfürsten 1908 gewissermaßen zur Strecke brachte. Suchomlinow wurde erst Generalstabshof an Stelle des Generals Palizyn, der beim Großfürsten in hoher Gunst gestanden hatte, und dann Kriegsminister. Er ist, wenn auch Fehler im einzelnen gemacht worden sind, doch der wirkliche Reorganisator der russischen Armee geworden, hat ihr den Offensivgeist einzuflößen gesucht und aus ihr jenes tüchtige Instrument zu Beginn des Weltkrieges gemacht, als das auch die Gegner sie anerkannt haben. Major Günther Frans hat seine Bedeutung im positiven wie im negativen Sinne trefflich dargestellt, letzteres in der schicksals schweren Stunde des Kriegsausbruchs, den zu verhüten wohl in seiner Macht gelegen hätte.

Der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch trat militärisch in den Jahren bis zum Weltkrieg ganz in den Hintergrund. Wo er als Führer der Garde und Kommandierender des Petersburger Militärbezirks hervortrat, hat er sich nach den oben angeführten Urteilen der deutschen Militärbevollmächtigten nicht eben mit Glanz bedeckt. Für seine militärische Unschlüssigkeit ist auch folgender Vorfall charakteristisch, den Suchomlinow in seinen Erinnerungen erzählt. Er war als Kriegsminister im Jahre 1910 auf den Gedanken gekommen, daß es gut wäre, wenn die Oberkommandierenden der Militärbezirke, die im Kriegsfall die russischen Heere führen sollten, einmal an einem Kriegs-

der fraternité d'armes“ (Waffenbrüderschaft) zwischen der russischen und preußischen Armee aufrecht zu erhalten. Hierfür werde er alles tun, was in seinen Kräften stehe.“ Kaiser Wilhelm machte dazu die treffende lakonische Randbemerkung: „Manu! Das war früher nicht seine Ansicht!“ Am 22. Juli 1908 heißt es in einem Rapport von Jacobi aus Anlaß des Empfangs preußischer Regimentskommandeure am Barenhofe, daß der Großfürst seiner Bewunderung für „preußische Strenghheit“ und „Drill“ immer wieder geäußert und beim Frühstück bei den Leibgardehusaren, als die Regimentsänger eine russische Übertragung des Liedes: „Was blasen die Trompeten? Husaren heraus!“ anstimmt, sein Glas erhoben und den Oberleutnant von Wechmar mit den Worten zugesprochen habe: „Die Husaren! Dann aber zusammen!“ Auch dem General von Jacobi gegenüber betonte er bei dieser Gelegenheit die Notwendigkeit des Zusammengehens der konservativen Mächte und die Aufrechterhaltung der traditionellen Bande zwischen den beiden Kaiserreichen.

Später hat der Großfürst dies alles völlig vergessen! In den letzten Jahren vor dem Weltkrieg trug er unter dem bestimmenden Einfluß seiner ehrgeizigen und deutschfeindlichen Frau seine bedingungslose französenfreundliche Gesinnung demonstrativ zur Schau, so bei der Reise zu den französischen Manövern im September 1912, bei denen die französischen Damen an der elsässisch-lothringschen Grenze eine patriotische Rührszene aufführten. Bei der Anwesenheit Poincarés in Petersburg kurz vor Kriegsausbruch gehörten sie sich derart provozierend deutschfeindlich an der Festtafel, daß der Zar sie strafend mit seinen Blicken zur Ordnung rufen mußte. Aber sie wußten, „ihr Krieg“ stand vor der Tür!

Ebenso eifrig betonte der Großfürst seine „liberale“ Einstellung: er wußte, daß sie ihm bei der „Gesellschaft“ eine gute Benutzung einbrachte, und Volkstümlichkeit konnte nie schaden. Seine gute Stellung im liberalen Lager datierte seit dem Jahre 1905, wo er sich dem Gedanken einer Militärdiktatur versagt hatte und somit indirekt der Retter der Reichsdomäne geworden war. Es war freilich recht seltsam mit seinem „Liberalismus“ bestellt! Er war im Grunde keine innere Überzeugung, sondern aus Ehrgeiz entstanden und von seiner montenegrinischen Gemahlin, Anastasia, beständig gesuchte Popularitätssasserei. Wenn er in der Gesellschaft den Ruf genoß, daß er sich in besonders warmherziger Weise des einfachen Mannes im Heer annehme, dagegen die Offiziere mit bemerkter Brutalität behandele, wobei gar Keitpeitsche und Ohrfeigen eine Rolle spielen sollten, so waren solche Übertreibungen durchaus im Rahmen der Steigerung der Volkstümlichkeit, die zugleich eine Spur gegen den Zaren hatte.

Aber die angebliche „liberale“ Gesinnung des Großfürsten vertrug sich doch auch mit seiner mystischen Neigung, die sein Palais zum Mittelpunkt von allerlei hypnotischen und okkulten Sitzungen und dem Treiben von zweifelhaften Personen wie dem Franzosen Philipe und auch Rasputin machten. Ist es doch Tatsache, daß er und seine Gemahlin und deren Schwester, die damals mit dem Bruder des Großfürsten, Peter Nikolajewitsch, verheiratet war, es gewesen sind, die, auf die mystischen Neigungen der jungen Baron spekulierend, durch ihnen ergebene Geistliche Rasputin (1907) den Zugang in Zarstwo Selo ermöglicht haben, und daß es den beiden Montenegrinerinnen am Hof eine Zeitlang gelungen ist, die Freundschaft der Baronin auf dieser Grundlage zu erwerben. Tief freilich ist diese „Mystik“ offenbar nicht gegangen; denn, als sich Rasputins Einfluß am Hof als stärker denn der des Großfürsten erwies, haben der Großfürst und die genannten französischen Damen die Kaiserin und Rasputin, der gern mit dem Großfürsten ein erträgliches Verhältnis hätte anbahnen wollen, mit ihrer hakelstielten Abneigung betrachtet und systematisch gegen beide gehandelt. Es sei nur daran erinnert, daß der Großfürst, als er zu Beginn des Weltkrieges Höchstkommandierender geworden war, auf die Sondierung, ob er Rasputin im Hauptquartier empfangen würde, geantwortet hatte: er möge nur kommen, wenn er Lust habe, gehängt zu werden. Seinem Neffen, dem Großfürsten Andrej Wladimirowitsch, hat er auf dessen Frage lächelnd geantwortet, so ähnlich werde er sich ja wohl ausgedrückt haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Abneigung des Großfürsten gegen den „Freund“ bei der Kaiserin sehr stark mitgewirkt hat. „Wollte Gott“, schreibt sie z. B. am 12. Juni 1915 an den Zaren, „N. wäre ein anderer Mensch und hätte sich nicht gegen einen Mann Gottes gewandt, was immer Unglück bringt.“

Als der Großfürst sich so über Rasputin äußerte, war seine große Stunde wiedergekommen: der Weltkrieg war ausgebrochen und ganz Russland von einem wahren Taumel patriotischer Begeisterung erfaßt worden.

(Fortsetzung folgt)

Am 14. XI. 1937



## Ein Oppenudor

spiel, wie sie in den anderen Armeen üblich waren, unter Leitung des Höchstkommandierenden teilnahmen. Suchomlinow fragte daher den Zaren, wer im Falle eines Krieges an der Westfront das Oberkommando führen werde, worauf ihm der Zar antwortete, er selbst werde das tun. Da man es nun nicht für schicklich hielt, den Zaren an einem Kriegsspiel teilnehmen zu lassen, so plante der Kriegsminister, die Oberste Heeresleitung dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch zu übertragen und ihn das Spiel leiten zu lassen. Aber der Großfürst weigerte sich mit Händen und Füßen, mit der Begründung, daß er zur Jagd nach Skiernenice reisen müsse! An Stelle des Kriegsspiels lud er die versammelten Oberkommandierenden mit ihren Stabschefs zum Mittagessen ein, auf dem er die wenigen, die vielleicht Lust zu einem Kriegsspiel haben mochten, für seine Ansicht gewann. Darauf trug er dem Zaren vor, er möge das Spiel ausschieben, was denn auch geschah, und damit fiel der ganze Plan ins Wasser.

Der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch aber suchte die Einbuße, die er als Militär erlitten hatte, auf dem Boden der Politik weitzumachen. Dass er aber hierbei eine gerade Linie eingehalten hätte, wird man nicht sagen können. Das gilt vor allem für das Gebiet der Außenpolitik, in die er zwar direkt nicht hineinzureden hatte, wo er sich aber durch demonstratives Gebaren in Erinnerung zu bringen wußte. Er galt als französischer Freund und hatte das wiederholt auch bekundet. Aber das hinderte ihn nicht, sich nach der Konjunktur auch als begeisterten Freund Deutschlands, besonders der russisch-preußischen Traditionen aufzuspielen. Der deutsche Militärbevollmächtigte von Jacobi berichtet, daß der Großfürst in den Monaten nach dem Japankrieg, wo man großen Wert auf die Freundschaft mit Deutschland zu legen allen Grund hatte, in demonstrativer Weise seiner Verehrung für Kaiser Wilhelm II. und die deutsche Armee Ausdruck zu geben Gelegenheit genommen habe. Als am 1. Januar 1906 im Zarstwo Selo eine große Truppenbesichtigung stattfand, zu der auch der deutsche Militärbevollmächtigte, General von Jacobi, eingeladen war, ließ der Großfürst seinen Hofzug warten, um ihn nach Petersburg zurückzubringen, nahm ihn in seinen Salonwagen und unterhielt sich in der liebenswürdigsten Weise mit ihm, was bei diesem hochmütigen und gewöhnlichen Sterblichen gegenüber wenig zugänglichen Großfürsten ganz besonders auffallend war.“ Am 1. Februar benutzte der Großfürst die Gelegenheit einer Audienz des Militärbevollmächtigten aus Anlaß des Besuches einer preußischen Deputation zum Fest des Regiments Wyborg, dessen Chef bekanntlich der Kaiser war, um ihn in den höchsten Ausdrücken zu verichern, wie hoch er den Kaiser verehre und wie er von der Notwendigkeit durchdringen wäre, „die alten und schönen Traditionen

des Nachlasses seiner Frau; die zweite Hälfte erben Sie zusammen mit Ihrer Frau, wenn die letztere noch lebt; lebt sie nicht mehr, so erben das Viertel Ihre Abkömmlinge, d. h. die Geschwister der Verstorbenen. 2. Erbschaftsteuer ist nicht zu zahlen; ein Erbe des Ehegatten ist bis 10 000 Rblt. steuerfrei. 3. Ein eigenhändig geschriebenes und unterschriebenes Testament braucht zu seiner Gültigkeit keine Zeugen bei seiner Abschrift. 4. Da Ihre Tochter nach 1900 geheiratet hat, und vermutlich zwischen den Eheleuten ein Ehevertrag nicht geschlossen worden ist, so lebten die Eheleute in gesetzlichem Güterrecht. In solchem Fall kann zwar der Mann über das eingebrachte Gut verfügen, aber er muß der Frau — und auch ihren Erben — über die Verwaltung des eingebrachten Gutes Rechenschaft ablegen. Denn er hätte die gesetzliche Pflicht, es ordnungsmäßig zu verwirtschaften. Als Miterbe nach Ihrer Tochter Sie von Ihrem Schwiegerohn über den Verbleib des eingebrachten Guts Rechenschaft fordern.

W. L. C. und. Der in Polen wohnende Schuldner braucht, da das polnische Aufwertungsgesetz maßgebend ist, an Kapital nur 10 Prozent = 88,83 Rblt. zurückzuzahlen und an Zinsen nur 5 Prozent für die letzten 5 Jahre = 8,83 Rblt. Auf Grund eines neuerdings abgeschlossenen polnisch-deutschen Aufwertungsabkommen kann die Schuld an die zur Durchführung dieses Abkommen geschaffene Verrechnungsstelle in Deutschland überwiesen werden.

„Milo.“ Solche Rentenzuschläge sind nach Art. 40 Abs. 2 des Gesetzes über die Versicherung geistiger Arbeiten nur für Kinder des Rentenempfängers vorgesehen. „Seylino 84.“ 1. Sie brauchen die Ausreisegenehmigung gar nicht zu beantragen, sondern Sie melden sich hier ab. 2. Danzig gehört zum polnischen Sollgebiet. Ihr Hausrat unterliegt bei der Abwanderung also keiner Zollkontrolle. 3. Sie können bei der Reise nach Danzig monatlich 500 Rblt. mitnehmen; für die Ausfahrt höherer Beträge ist die Genehmigung der Bank Polstif erforderlich. 4. Das kommt vorläufig nicht in Frage, denn auch nach Ihrer Abwanderung nach Danzig bleiben Sie noch ein paar Jahre polnischer Staatsangehöriger.

